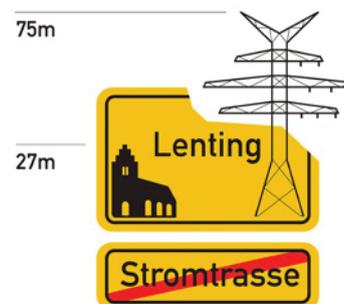


Bürgerinitiative Lenting

NEIN - zur Stromtrasse

JA - zur Energiewende



Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 07 48
10567 Berlin

konsultation(at)netzentwicklungsplan.de

1. März 2019

Vorab per mail

Stellungnahme der "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende" zum Netzentwicklungsplan Strom 2030 (2019), 1. Entwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende" hat bisher in zahlreichen Stellungnahmen konstruktiv am Prozess der Netzausbauplanung teilgenommen. Leider sind wesentliche Forderungen davon bis heute nicht berücksichtigt worden. Die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende" lehnt deshalb den vorgelegten Entwurf ab.

Gerne wiederholen wir die mehrmals vorgebrachten Eckpunkte unserer Kritik:

Das vorgebrachte Argument zur Notwendigkeit von HGÜ-Trassen wie SüdOstLink oder SüdLink, „Der Windstrom aus dem Norden muss in den Süden transportiert werden“, ist nachweislich falsch. Die Kapazitäten der nördlichen Offshore und Onshore-Kraftwerke erreichen nicht annähernd den Bedarf, der alleine im Norden der Bundesrepublik vorhanden ist. Es ist irrsinnig, bei einer solchen Konstellation, Windstrom über weite Strecken abtransportieren zu wollen. Es wären vielmehr Verteilnetze im Norden sinnvoll.

Die HGÜ-Leitungen dienen nicht der Stromversorgung in Bayern sondern ausschließlich dem internationalen Stromhandel. Zur Anbindung und Verteilung von Strom zwischen den Start- und Endpunkten dieser Leitungen sind keinerlei Ausspeisepunkte vorgesehen. Die Nähe der Startpunkte zu den Kohlerevieren widerlegt die angebliche Anbindung an Windstromkapazitäten und manifestiert vielmehr den Abtransport und die Durchleitung von "schmutzigem" Kohlestrom.

Es wäre angebrachter, mit den für den Übertragungsnetzausbau vorgesehenen Mitteln den Strukturwandel in den Kohleregionen voranzutreiben als damit überdimensionierte und später nicht mehr notwendige Stromtrassen zu finanzieren.

Die Kosten für das Vorhaben laufen aus dem Ruder. Sie fußen vorrangig auf einer garantierten und derzeit "unanständigen" Rendite von 9,05% für Investitionen in die Stromnetze. Teuerungen wie Erdverkabelung oder Leerrohrverlegungen lassen die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) kalt. Es betrifft ja auch nicht ihr Geld sondern nur (überwiegend) das der Haushaltsstromverbraucher. Diese müssen es letztlich über die Strompreise aufbringen. Neuerdings dürfen die Übertragungsnetzbetreiber sogar selbst Kraftwerke bauen. Dies führt zu der kuriosen Situation, dass neben einem der modernsten Gaskraftwerke in Irsching, das derzeit nur als Reservekraftwerk eingesetzt

wird, ein neues Gaskraftwerk entstehen soll. Dies bezeichnen wir als Schildbürgerstreich. Ein derartiges Verschleudern von Geldern wird von uns schärfstens mißbilligt.

Alternative Szenarien werden bis heute nicht untersucht. Die fortschreitende Energiewende mit den vielfältigsten Möglichkeiten der Stromgewinnung und -verteilung scheint an den ÜNB und an der Bundesnetzagentur spurlos vorüber zu gehen. Weder Techniken zur Stromeinsparung, noch Speichertechniken, Verbundlösungen in einem dezentral ausgerichteten Strommarkt oder gar die Grundsatzfrage, ob fossile oder nachhaltige Energiegewinnung zukünftige Planungen beeinflussen sollen, kommen als Bausteine in den Netzentwicklungsplänen vor. Dabei ist der Wandel von Strom aus Atom- und Kohleenergie hin zu Strom aus nachhaltigen Energien bereits weit fortgeschritten.

Anstatt als oberstes Ziel die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, werden die Ziele des Netzausbaues völlig isoliert verfolgt. Der Bau der Übertragungsstromtrassen negiert somit alle Bemühungen einer echten und dezentralen Energiewende, wie sie derzeit vor allem "von unten" allorts praktiziert wird.

Nach wie vor fehlt eine unabhängige Berechnung über den wirklichen Bedarf des Netzausbaues. Es ist deshalb völlig unverständlich, wieso im vorliegenden NEP plötzlich sogar zusätzliche Übertragungsnetze auftauchen.

In Deutschland gehen die Lichter nicht aus. Wir sind, wie letztes Jahr geschehen, selbst dann noch in der Lage Strom in großem Umfang ins Ausland zu liefern, wenn im Januar Windflauten herrschen und in Frankreich die Netze zusammenbrechen.

Ein besseres Beispiel für die tatsächliche Stromsituation in Deutschland kann man eigentlich nicht mehr anführen.

Gesundheitliche Aspekte werden in den Netzplanungen übergangen oder verniedlicht, obwohl größte Bedenken bezüglich der Strahlenemission angezeigt sind. Selbst das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat Bedenken und fordert vor der Umsetzung der Planungen zuverlässige Studien.

Land wird zerstört und heimatliche Gefilde haben keinen Stellenwert in den Überlegungen der ÜNB und der Bundesnetzagentur. Viele Gespräche von Bürgern mit Trassenbefürwortern über Trassenführungen haben gezeigt, dass die politische Willensbildung, die Wünsche der ÜNB und die Aufsicht der Bundesnetzagentur mit ihren richtungsweisenden Entscheidungen nicht vom überwiegenden Willen der Bevölkerung zu beeinflussen sind. Alle vorgenannten Akteure haben deshalb die Akzeptanz der Bürger für das Vorhaben leichtfertig verspielt. Durch die fehlende Transparenz des Informationsprozesses werden die Mitspracherechte und die Akzeptanz bewusst verhindert. Das ist in besorgniserregendem Maße unethisch und undemokratisch,

Die Entscheidungen, die bezüglich der Energiewende getroffen werden, sind Generationsentscheidungen. Das Netz der Zukunft muss flexibel sein, die erneuerbaren Energien durch flexible grundlastfähige Energien und Speichermöglichkeiten unterstützt werden. Der im NEP geplante Netzausbau ist insgesamt überdimensioniert, weder wirtschaftlich vertretbar noch umweltverträglich und damit insgesamt nicht genehmigungsfähig. Grundsätzlich fordern wir, dass der Netzentwicklungsplan von unabhängigen Gutachtern und Wissenschaftlern zu erstellen ist.

Einverständniserklärung: Wir sind mit einer Veröffentlichung durch die Bundesnetzagentur einverstanden. Mit der elektronischen Übermittlung unserer Daten in Verbindung mit der oben genannten Konsultation sind wir einverstanden.

Für die "Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA - zur Energiewende"

Johanna Zieglmeier

[Redacted signature]

Hermann Haury

[Redacted signature]

Peter Winter

[Redacted signature]